



STEFAN GEBAUER

## Streit um italienischen Haushalt: Kompromiss ist noch möglich

Stefan Gebauer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin. Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Die Europäische Kommission hat den Haushaltsentwurf der italienischen Regierung abgelehnt – ein Novum in der Geschichte der EU. Nun hat die Regierung bis Mitte November Zeit nachzubessern. Dass dies geschieht und die EU-Kommission den Haushalt anschließend genehmigen kann, ist angesichts der verhärteten Fronten zwischen Brüssel und Rom alles andere als sicher. Sollte kein Kompromiss gefunden werden und die italienische Regierung den vorliegenden Plan in der bestehenden Form umsetzen, könnte sich die EU-Kommission in letzter Instanz genötigt sehen, ein Defizitverfahren gegen Italien zu eröffnen. Daraus resultierende Sanktionen würden die Kosten des Haushaltsstreits für die italienischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler weiter in die Höhe treiben. Schon jetzt sind die Zinsen auf italienische Staatsanleihen gestiegen. Zudem dürfte sich die Unsicherheit an den Finanzmärkten mit Blick auf die Stabilität in Europa weiter erhöhen.

Umso wichtiger wäre es, dass sich die Beteiligten endlich zusammenraufen und einen Kompromiss finden. Zwar wurde bereits kostbare Zeit verschwendet, dennoch ist es noch nicht zu spät, eine für beide Seiten weitestgehend gesichtswahrende Lösung zu finden. Dies setzt aber sowohl die Rückkehr zu einem konstruktiven Miteinander als auch eine ehrliche Kompromissbereitschaft auf beiden Seiten voraus.

Die italienische Regierung muss von ihrem Konfrontationskurs abkehren und sich den ursprünglich mit Brüssel vereinbarten Zielen zur Neuverschuldung wieder annähern. Dies kann gelingen, wenn sie sich auf die Posten im Haushaltsentwurf konzentriert, die das Wirtschaftswachstum in Italien tatsächlich nachhaltig erhöhen können. Die Hauptprobleme der italienischen Wirtschaft – eine schwache Investitionstätigkeit und Produktivität, weiterhin bestehende Risiken im Bankensektor oder die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit vor allem bei jungen Menschen – sind überwiegend struktureller Natur. Zwar kann die im Haushalt beschlossene Erhöhung von Sozialleistungen die Wirtschaft kurzfristig beleben, zur langfristigen Lösung dieser Strukturprobleme erscheint sie jedoch nur bedingt geeignet. Vielmehr sollte die italienische Regierung andere Maßnahmen

wie die Förderung öffentlicher Investitionen – etwa in den Bereichen Bildung und Infrastruktur – in ihrem Entwurf hervorheben. Zudem könnte das Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Italien zurückkehren, wenn sich die Regierung zu den von den Vorgängerregierungen eingeleiteten Strukturreformen bekennt und diese nicht wie zuletzt angekündigt teilweise zurücknimmt. Dann dürfte sich auch das Investitionsklima verbessern, hiervon dürfte vor allem der italienische Mittelstand profitieren.

Die Europäische Kommission wiederum muss auf entsprechende Signale aus Rom eingehen und der italienischen Regierung im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten Spielräume zugestehen. Zwar war es richtig, den vorgelegten Haushalt abzulehnen, da getroffene Vereinbarungen und in Europa geltende Regeln massiv missachtet wurden. Dennoch sollte die Kommission in den nun anstehenden Gesprächen und Verhandlungen nicht nur die Einhaltung bestehender Schuldenregeln im Blick haben, sondern deutlich machen, dass sie Vorschlägen zur Lösung der strukturellen Probleme in Italien und zur nachhaltigen Förderung des Wirtschaftswachstums weiterhin aufgeschlossen gegenübersteht.

Beide Parteien sollten daher das politische Kräftenessen schnellstmöglich hintenanstellen und die Diskussion um den italienischen Haushalt wieder auf Basis ökonomischer Argumente führen. Eine beidseitige Rückbesinnung auf eine ausgewogene Wirtschaftspolitik, die sowohl die Einhaltung bestehender finanzpolitischer Regeln als auch die Sicherstellung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums im Blick hat, sollte die in der hitzig geführten Debatte zu Tage getretenen Differenzen deutlich reduzieren. Dann wäre auch ein für beide Seiten gesichtswahrender Kompromiss möglich. Allerdings gilt es jetzt, nicht noch mehr kostbare Zeit mit politischen Scharmützeln zu verschwenden.

## IMPRESSUM

---



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

[www.diw.de](http://www.diw.de)

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

85. Jahrgang 31. Oktober 2018

### Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan;

Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig;

Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Dr. Claus Michelsen; Prof. Johanna Möllerström, Ph.D.;

Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp; Prof. Dr. C. Katharina Spieß

### Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Mathilde Richter; Dr. Wolf-Peter Schill

### Lektorat

Karl Brenke

### Redaktion

Renate Bogdanovic; Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner;

Claudia Cohnen-Beck; Dr. Daniel Kemptner; Sebastian Kollmann;

Matthias Laugwitz; Dr. Alexander Zerrahn

### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

[leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de)

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

### Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

### Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

### Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

### Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit

Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den

Kundenservice des DIW Berlin zulässig ([kundenservice@diw.de](mailto:kundenservice@diw.de)).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter unter [www.diw.de/newsletter](http://www.diw.de/newsletter)